

## A10 (Ä6) Migrationspolitische Schwerpunkte auf Landesebene

Antragsteller\*in: Aminata Touré (KV Neumünster)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Migrationspolitische Schwerpunkte auf Landesebene

2 Die migrationspolitische Debatte dominiert seit Wochen und Monaten den  
3 öffentlichen Diskurs. Im Fokus stehen hierbei Fragen wie, wie Deutschland  
4 weniger Menschen aufnehmen kann, Zurückweisungen an Grenzen forciert werden  
5 können und wie die Zahl der Rückführungen erhöht werden kann. Zeitgleich führt  
6 der zunehmende Überbietungswettbewerb von Abschottung und Abgrenzung dazu, dass  
7 viele Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte sich zunehmend die Frage  
8 stellen, ob sie als Teil der Gesellschaft akzeptiert und respektiert werden.  
9 Dass die Zahlen derer, die bei uns Schutz suchen, weiterhin hoch, aber geringer  
10 als im Vorjahr sind, ist ein Spiegel der Weltlage. Weltweit sind laut UNCHR 120  
11 Millionen Menschen auf der Flucht.

12 Der Ton, in der diese Auseinandersetzung stattfindet, besorgt uns:  
13 Pauschalisierungen, Emotionalisierungen, schrille Parolen, das Missachten von  
14 Grundgesetz und Europäischen Zusammenhalt und die Vermischung von  
15 Extremismusbekämpfung und Asylrechtsverschärfungen.

16 Als BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein sehen wir uns in der  
17 Verantwortung, klar Haltung zu zeigen für eine faire Asyl- und  
18 Migrationspolitik, eine sachliche Debatte zu führen und darzustellen, welche  
19 Aufgaben Regierungen und Parlamente in einer solchen Zeit haben.

20 Deshalb setzen wir uns als BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein für  
21 folgende migrationspolitische Schwerpunkte ein:

22 1. Ankommen in Würde

23 Für uns sind das Recht auf Asyl und die Rechte von Flüchtlingen nicht  
24 verhandelbar. In der heutigen Zeit scheint es notwendig, sich zu diesen in der  
25 Genfer Flüchtlingskonvention, in der Europäischen Menschenrechtskonvention, in  
26 der EU-Grundrechtscharta und im Grundgesetz verbrieften Rechte uneingeschränkt  
27 zu bekennen. Dies bedeutet für uns, dass das Recht, einen Asylantrag zu stellen,  
28 Schutz zu erhalten und unterstützende Leistungen zu erhalten, um würdig leben zu  
29 können, nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern auch Ausdruck unseres  
30 rechtsstaatlichen Handelns ist.

31 Damit das gelingen kann, braucht es ausreichend Plätze von  
32 Erstaufnahmeeinrichtungen sowie kommunaler Unterbringung und eine Teilhabe-  
33 Infrastruktur, die das Erlernen der Sprache, Beratung, Betreuung und medizinische  
34 Versorgung sicherstellt.

35 Es braucht deshalb für Schleswig-Holstein ein dauerhaftes und atmendes  
36 Standortkonzept für Erstaufnahmeeinrichtungen, das sich sowohl an den Zahlen der  
37 zu uns kommenden Geflüchteten orientiert als auch berücksichtigt, dass die  
38 Kommunen, in deren Gemeinde sich die Erstaufnahmeeinrichtungen befinden,  
39 besondere Unterstützung brauchen, um die diese Aufgabe für Schleswig-Holstein zu  
40 übernehmen. Eine möglichst schnelle Kreisverteilung für Menschen mit  
41 Bleibeperspektive halten wir nach wie vor für die Grundvoraussetzung für

42 Ankommen und Teilhabe an dieser Gesellschaft.

43 Außerdem machen wir uns stark für eine unabhängige und individuelle  
44 Asylverfahrensberatung und arbeiten weiterhin daran, dass Flüchtlinge mit einem  
45 besonderen Schutzbedürfnis - wie beispielsweise traumatisierte Flüchtlinge oder  
46 Flüchtlinge mit Behinderungen - bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen  
47 indentifiziert und die erlangten Informationen an die aufnehmenden Kommunen  
48 weitergeleitet werden. Auf diese Weise wollen wir gewährleisten, dass einerseits  
49 eine lückenlose Betreuung dieser Flüchtlinge stattfinden und andererseits die  
50 Kommune sich auf ihre Ankunft vorbereiten kann.

51 In dieser Hinsicht wollen wir die Sensibilisierung der Mitarbeiter\*innen in den  
52 Erstaufnahmeeinrichtungen insbesondere im Hinblick auf Psychotrauma, fördern.

53 2. Zugang zu Arbeit von Beginn an

54 Wir sind der Überzeugung, dass die beste Form der Integration die ist, die es  
55 Menschen ermöglicht, selbstständig für sich und die eigene Familie zu sorgen und  
56 sich von Sozialleistungen unabhängig zu machen. Viele geflohene Menschen haben  
57 den Wunsch, beruflich schnell Anschluss zu finden, ihre Qualifikation und  
58 Fertigkeiten hier einzubringen und möchten ihre Zeit und Energie in das eigene  
59 Fortkommen stecken.

60 Wir wollen den Zugang zu Arbeit und Ausbildung so schnell wie möglich  
61 ermöglichen.

62 Deshalb wollen wir zum einen, dass das Land sein Pilotprojekt zur  
63 Arbeitsvermittlung in den Erstaufnahmeeinrichtungen perspektivisch auf alle  
64 Erstaufnahmeeinrichtungen für alle Menschen mit guter Bleibeperspektive  
65 ausgeweitet. So erhalten alle ab dem ersten Tag die Möglichkeit einer  
66 Arbeitsmarktberatung. Seit April findet das Pilotprojekt in Boostedt und  
67 Rendsburg statt. In 8 Schritten soll es in die Arbeitsvermittlung kommen:

68 1. Prüfung des Asylstatus und Voraussetzungen für die Arbeitsmarktintegration  
69 (für Menschen, die eine gute Bleibeperspektive haben, zwischen 18-63 Jahre,  
70 Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan)

71 2. Gesprächsangebot beim Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge (Fragebogen  
72 zu Grundkompetenzen mit Schwerpunkt auf soziale und pflegerische Berufe)

73 3. Auswertung durch die Bundesagentur für Arbeit

74 4. Beratungsgespräch mit dem Jobcenter vor Ort in der Erstaufnahmeeinrichtung

75 5. Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter und Landesamt für Zuwanderung und  
76 Flüchtlinge beraten weiteres verfahren

77 6. Integrationsorientierte Verteilung in den dauerhaften Wohnort mit  
78 Jobperspektive

79 7. Übermittlung der Daten an das Jobcenter und Zuwanderungsbehörde

80 8. Erfolgreiche Vermittlung in den Arbeitsmarkt und Perspektive auf  
81 eigenständiges und selbstbestimmtes Leben

82 Zum Zweiten braucht es aber noch weitere Erleichterungen, damit die  
83 Arbeitsaufnahme erfolgen kann. Viele Menschen haben ein konkretes  
84 Beschäftigungsangebot und scheitern an den langen behördlichen Wartezeiten. Das  
85 ist sowohl für die geflüchteten Menschen, für die potenziellen Arbeitgeber\*innen  
86 und Ausbildungsbetriebe als auch für die Sachbearbeitenden in den Behörden stark  
87 belastend. Hier brauchen wir dringend Verbesserungen und werden uns auf Bundes-  
88 und Landesebene für einen Bürokratieabbau und beschleunigte Verfahren einsetzen  
89 – insbesondere bei der Erteilung der Beschäftigungserlaubnis und der Anerkennung  
90 ausländischer Berufsqualifikationen.

91 Wie von unserem Vizekanzler Robert Habeck im Kontext der Haushaltsverhandlungen  
92 auf Bundesebene vereinbart, werden wir die Einführung einer Genehmigungsfiktion  
93 unterstützen, so dass die Arbeitsaufnahme als genehmigt erklärt wird, wenn  
94 Zuwanderungsbehörden nicht innerhalb von 14 Tagen widersprechen. Die Entlastung  
95 unserer Kommunen wäre enorm und ein großes Hemmnis im Arbeitsmarktzugang für  
96 viele Menschen beseitigt. Wir machen uns hierfür stark!

### 97 3. Freiwillige Ausreise und Rückführungen

98 Auch wenn auf Bundesebene weitreichende und zu begrüßende Gesetze verabschiedet  
99 wurden, wie zum Beispiel das Chancenaufenthaltsrecht oder das neue  
100 Staatsangehörigkeitsrecht, sodass mehr Menschen die Möglichkeit haben ihren  
101 Aufenthalt hier zu verfestigen und perspektivisch die deutsche  
102 Staatsangehörigkeit zu erhalten, so sind wir uns im Klaren darüber, dass nicht  
103 jeder Mensch, der einen Asylantrag stellt, die Bedingungen dafür erfüllt und  
104 bleiben kann.

105 Wir sind der Überzeugung, dass die freiwillige Ausreise das beste und humanste  
106 Instrument ist, wenn ein Aufenthalt beendet werden muss. Dafür müssen  
107 ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit Rückkehrprogramme in  
108 umfangreichen Maße stattfinden können.

109 Wir sind der Überzeugung, dass in der Vergangenheit weitreichende Gesetze zu  
110 Rückführungen auf Bundes- und EU-Ebene beschlossen wurden, die zu harten  
111 Verschärfungen führen werden: Zuletzt das Rückführungsverbesserungsgesetz im  
112 Februar dieses Jahres und gerade auf europäischer Ebene die Reform des  
113 Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Diese Entwicklung war und ist für unsere  
114 Partei sehr schmerzhaft. Weitere Verschärfungen dürfen nicht folgen.  
115 Statt weiterer Gesetzesänderungen, braucht es nun vor allem die Umsetzung  
116 geltenden Rechts und eine kritische Überprüfung dessen.  
117 Bundesweit stellen wir Vollzugsdefizite mit Blick auf Rückführungen fest, trotz  
118 sich ständig ändernder und verschärfender Rechtslage. Deshalb sind wir davon  
119 überzeugt, dass eine Bündelung von bestimmten Personengruppen eine Entlastung  
120 für die kommunalen Behörden bedeuten könnte. Wir wollen deshalb, dass künftig  
121 Rückführungsfälle von ausländischen mehrfach Intensivtäter gebündelt in  
122 Zuständigkeit des Landes übergehen.

123 Für uns als Grenzregion zu Dänemark sind Grenzkontrollen ein Problem, darauf hat  
124 die Landesregierung in den letzten Jahren immer wieder hingewiesen. Dauerhafte  
125 Grenzkontrollen verhindern illegalen Einreisen nicht – wir brauchen unserer  
126 Sicherheitskräfte an anderer Stelle. Und wir brauchen ein geeintes Europa und  
127 keine Kleinstaaterei.

128 Alle Neuerungen müssen im Blick haben Verwaltungsaufwand ab- und nicht  
129 aufzubauen.

### 130 4. Unterstützung der Kommunen

131 Jegliche migrationspolitischen Überlegungen können nur gelingen, wenn vor Ort  
132 die Strukturen gut aufgestellt und gut finanziert sind. Integration kann nur  
133 gelingen, wenn die Kommunen bei ihrer Aufgabe der Integration unterstützt  
134 werden. Deshalb sind Bund und Land in der Pflicht diese bei ihrer Aufgabe  
135 finanziell und organisatorisch zu unterstützen. Es ist der richtige Weg, dass es  
136 in Schleswig-Holstein regelmäßige Vereinbarungen mit den Kommunen gibt, bei  
137 denen die Aufgaben gemeinsam definiert werden. Hierbei sind besonders Programme

138 von sozialem Wohnraum notwendig, um den notwendigen Wohnraum bereitzustellen.  
139 Außerdem braucht es ausreichend Personal an KiTas und Schulen, damit alle Kinder  
140 die gleichen Startbedingungen haben. Genauso wichtig ist eine ausreichende und  
141 flächendeckende medizinische und psychosoziale Versorgung.  
142 Das Land hat für die Bandbreite an Themen eine Integrationsstrategie auf den Weg  
143 gebracht, die fortlaufend aktualisiert und an die Bedarfe angepasst werden muss.

#### 144 5. Stärkung der Ausländer- und Zuwanderungsbehörden

145 Trotz der finanziellen Unterstützung für Personal der Ausländer- und  
146 Zuwanderungsbehörden im Rahmen einer Verabredung zwischen Land und Kommunen im  
147 vergangenen Jahr, stellen wir fest, dass diese Maßnahme nicht ausreicht. Sie  
148 sind in kommunaler Verantwortung, aber für alle Maßnahmen rund um Migration  
149 brauchen wir funktionierende und gut ausgestattete Behörden. Der Personalmangel  
150 ist das Nadelöhr und verlangsamt sowohl Prozesse der Integration, aber auch  
151 Rückführungen. Wir setzen uns deshalb überall und auf jeder Ebene, in der wir  
152 Verantwortung tragen, dafür ein, dass es zu einer Personaloffensive für die  
153 Ausländerbehörden kommt.

#### 154 6. Gesellschaft der Vielen

155 Wir verstehen uns als eine vielfältige Partei, die nicht nur den Anspruch  
156 erhebt, Menschen mit Migrationsgeschichte eine Stimme zu geben, sondern auch  
157 Interessen zu vertreten, die diese Lebensrealität abbildet. Menschen mit  
158 Migrationsgeschichte sind keine homogene Masse und haben sehr unterschiedliche  
159 politische Überzeugungen. Aber diejenigen, die mit unseren politischen  
160 Grundsätzen übereinstimmen und diese vor allem auch über viele Jahre mitgeprägt  
161 haben, sollen wissen, dass wir ihre politische Heimat sind. Dafür müssen auch  
162 wir uns selbstkritischen Debatten unterziehen, die nicht außer Acht lassen  
163 dürfen, dass durch politische Entscheidungen, die wir treffen, auch das  
164 Vertrauen in uns an vielen Stellen verloren gegangen ist. Wir stehen weiterhin  
165 für eine vielfältige und diskriminierungsfreie Gesellschaft ein und werden diese  
166 Werte verteidigen und politisch leben.

## Begründung

Begründung erfolgt mündlich

Dieser Antrag wird gemeinschaftlich gestellt von

Aminata Touré, Anke Erdmann, Gazi Freitag und Catharina Nies.

## Unterstützer\*innen

Lasse Petersdotter (KV Kiel); Catharina Johanna Nies (KV Flensburg); Jan Kürschner (KV Kiel); Anke Erdmann (KV Kiel); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Friederike Löffert-Pokatis (KV Kiel); Malte Krüger (KV Steinburg); Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg); Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg); Jasper Balke (KV Lübeck); Jörn Pohl (KV Kiel); Gazi Freitag (KV Plön); Michael Klinger (KV Schleswig-Flensburg); Ramon Arndt (KV Steinburg); Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg); Sven Gebhardt (KV Flensburg); Frederic Meyer (KV Kiel); Ullrich Kruse (KV Stormarn); Zoé Engel (KV Kiel); Bruno Hönel (KV Lübeck); Silke Schiller-Tobies (KV Kiel); Torge Schmidt (KV Rendsburg-Eckernförde);

Ralph Sieber (KV Schleswig-Flensburg); Jessica Leutert (KV Kiel); Gabriele Braune (KV Ostholstein); Daniela Sonders (KV Kiel); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Reinhard Junge (KV Plön); Lukas Reithofer (KV Kiel); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Said Etejjari (KV Segeberg); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Bina Braun (KV Herzogtum Lauenburg); Britta Baar (KV Dithmarschen); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Jannes Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Matthias Lücke (KV Kiel); Peter Schüler (KV Lübeck); Burak Kocaaslan (KV Kiel); Annette Granzin (KV Ostholstein); Ann Christin Hahn (KV Pinneberg); Ulrike Täck (KV Segeberg); Birte Duggen (KV Lübeck); Mathes Rausch (KV Steinburg)